

7. Klassenformationen im Zuckerrohrsektor

In diesem Kapitel stelle ich die Klassenformationen von Kapitalbesitzer*innen und Lohnarbeiter*innen im Zuckerrohrsektor in São Paulo vor. Dabei gehe ich auch darauf ein, wie sich diese im Kontext der agrarindustriellen Transformation verändert haben. Klassenformationen fasse ich als alle Zusammenschlüsse von Lohnarbeiter*innen oder Kapitalbesitzer*innen innerhalb der antagonistisch geprägten Klassenstruktur, die eine innere Solidarität aufweisen und die jeweiligen Interessen ihrer Mitglieder vertreten (Wright 1997: 379–381).

7.1 Gewerkschaften

Gewerkschaften sind eine zentrale Klassenformation von Lohnarbeiter*innen im Zuckerrohrsektor, um ihre Interessen gegenüber ihren Arbeitgeber*innen durchzusetzen. Historisch-institutionelle Entwicklungen wirken sich auf die Struktur und das Handeln von Gewerkschaften aus. Um das Handeln der Gewerkschaften im Zuckerrohrsektor besser zu verstehen, skizziere ich zunächst die historische Entwicklung und Grundzüge des brasilianischen Gewerkschaftssystems. Anschließend stelle ich Landarbeiter*innen- und Transportgewerkschaften vor, die die Arbeiter*innen auf den Zuckerrohrfeldern vertreten.

7.1.1 Brasiliens Gewerkschaftssystem: Kontinuität und Brüche

Die ersten Gewerkschaften Brasiliens entstanden bereits Ende des 19. Jahrhunderts, die Ursprünge des brasilianischen Gewerkschaftssystems liegen aber in den 1930er und 1940er Jahren. Mit dem Arbeitsgesetzbuch *Consolidação das Leis do Trabalho* (CLT) etablierte Präsident Getúlio Vargas (1930–1945) im Jahr 1943 ein autoritäres und korporatistisches Gewerkschaftssystem. Das

CLT umfasst die komplette Arbeits-, Gewerkschafts- und Sozialgesetzgebung und ist annähernd eine Kopie der italienischen Arbeitsgesetzgebung unter Benito Mussolini (Krüger 1981: 465; Sproll 2010: 51–52). In diesem System wird der Staat »als Verantwortlicher für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen begriffen und den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen werden vorwiegend sozialpolitische, notarielle und Verwaltungsaufgaben zugestanden« (Sproll 2010: 51). Hieraus entstand das Bild der Gewerkschaften als vorrangig soziale Dienstleisterinnen, die neben der Rechtsberatung ärztliche Versorgungsleistungen oder Freizeitaktivitäten organisierten und anboten (Vellay 2001: 121; 2003: 88). Die Gewerkschaften, die sich nach und nach bildeten, waren in diesem Modell abhängig von staatlichen Institutionen. Dies zeigte sich insbesondere während der Militärdiktatur (1964–1985). In dieser Phase nutzte das Arbeitsministerium seine Befugnisse und intervenierte bei vielen Gewerkschaften, um diese zu disziplinieren, beispielsweise, wenn sie Streiks organisierten. Gleichzeitig »säuberte« der Staat in dieser Phase die Gewerkschaften von anarchistischen oder kommunistischen Gewerkschaftsführer*innen (Krüger 1981: 467–468; Sproll 2010: 56). Ende der 1970er Jahre bildete sich die alternative Gewerkschaftsbewegung *novo sindicalismo* (dt. neue Gewerkschaftsbewegung) heraus, die sich für eine Reform des Gewerkschaftssystems einsetzte. Der Beginn des *novo sindicalismo* waren große Streiks Ende der 1970er und in den 1980er Jahren in der Automobil- und Metallindustrie in São Paulo, die sich aber auch auf andere Bereiche wie die Landwirtschaft oder den öffentlichen Dienst ausweiteten. Getragen wurde die Bewegung von kritischen Personen unter dem Dach der Kirche sowie von nach den Säuberungen verbliebenen kritischen Gewerkschafter*innen. Aus dieser Bewegung bildeten sich 1980 die Arbeiterpartei PT und 1983 der Gewerkschaftsdachverband *Central Única dos Trabalhadores* (CUT) (Antunes/Santana 2014: 13–15; Sproll 2010: 61–63).

Nach Ende der Militärdiktatur stellte sich politisch die Frage, inwiefern das Gewerkschaftssystem reformiert werden sollte. Dabei standen sich insbesondere die Positionen des Gewerkschaftsdachverbandes *Confederação Geral dos Trabalhadores* (ab 1991 *Força Sindical* (FS)), der aus konservativeren, staatskorporatistischen Gewerkschafter*innen bestand, und der reformistische Dachverband CUT gegenüber. Das Ergebnis war ein Kompromiss. Der staatliche Einfluss auf Gewerkschaften wurde gelockert, die Grundzüge des staatskorporatistischen Gewerkschaftssystems, verankert in der CLT von 1943, blieben jedoch nach Verabschiedung der neuen Verfassung im Jahr 1988

bestehen (Fichter/Helfen 2011: 94–95; Sproll 2010: 51–52; Thomaz Júnior 2010: 6–7; Vellay 2001: 32–34).

Obwohl nach 1988 der Einfluss des Staates abnahm, ist das Gewerkschaftssystem Brasiliens weiterhin staatskorporatistisch geprägt. Folgende Merkmale verdeutlichen dies: Gewerkschaften können nicht frei gegründet werden, sie müssen formal vom Staat (Arbeitsministerium) anerkannt und registriert werden. Dabei ist eine vertikale Struktur vorgeschrieben: Auf Gemeindeebene gibt es *sindicatos* (dt. lokale Gewerkschaften), auf Bundesstaatsebene *federações* (dt. regionale, i.d.R. bundesstaatliche Gewerkschaften) und auf Bundesebene *confederações* (dt. nationale Gewerkschaften). Darüber stehen verschiedene *centrais sindicais*, also Gewerkschaftsdachverbände, die heute eng an politische Parteien gebunden sind. Gewerkschaften vertreten in der Regel eine Berufsgruppe (Spartengewerkschaft) wie Landarbeiter*innen oder Fahrer*innen. Die Zuweisung, welche Gruppe zu welcher Gewerkschaft gehört, ist häufig umkämpft und wird in letzter Instanz durch das Arbeitsministerium bzw. Arbeitsgerichte festgelegt. Auf horizontaler Ebene ist die Grundregel der Einheitsgewerkschaft vorgeschrieben. So darf eine Arbeiter*innengruppe innerhalb der Grenzen einer Gemeinde nur von einer Gewerkschaft vertreten werden – Zuckerrohrschneider*innen haben somit innerhalb einer Gemeinde keine freie Wahl, von welcher Gewerkschaft sie vertreten werden möchten (de Oliveira 2005: 31–32; Thomaz Júnior 2010: 6–10).¹

Ein weiteres Relikt des staatskorporatistischen Gewerkschaftssystems ist die normative Macht von Arbeitsgerichten. Gesetzlich sind Tarifverhandlungen zwischen Vertretungen von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen vorgesehen. Einigen sich die beiden Parteien nicht, können Arbeitsgerichte als Schlichter eingreifen. Falls selbst in einem Schlichtungsverfahren keine Einigung gefunden wird, entscheiden Arbeitsgerichte über die Ausgestaltung des Tarifvertrages (Cardoso/Gindin 2009: 19; Vellay 2001: 141–142, 157–158).

Ein weiteres Element des Gewerkschaftssystems war die bis 2017 obligatorische Gewerkschaftssteuer. So musste jede*r angestellte Arbeiter*in, unabhängig ob Gewerkschaftsmitglied oder nicht, einmal pro Jahr ein Tagesgehalt als Gewerkschaftssteuer abführen. Die Steuer wurde zu einem gewissen Schlüssel unter den jeweiligen Gewerkschaften auf den verschiedenen Ebenen und unter den Dachverbänden aufgeteilt: Von der Gewerkschaftssteuer gingen 60 Prozent an die Gewerkschaften auf lokaler Ebene (*sindicatos*), 15 Prozent an die Gewerkschaften auf Bundesstaatsebene (*federações*), fünf Prozent an die

1 I_LG_23, 26; G_W_2; I_TG_6.

Gewerkschaften auf Bundesebene (*confederações*), zehn Prozent an den jeweiligen Dachverband (*central sindical*) und zehn Prozent an das Arbeitsministerium MTE (Portal Brasil 2017). Kritiker*innen bemängelten an dieser Steuer, dass sie falsche Anreize für Gewerkschaften setze, da hierdurch die Motivation von Gewerkschaften sinke, sich selbst eine Mitgliederbasis aufzubauen (de Oliveira 2005: 32; Thomaz Júnior 2010: 8–9). Die Regierung um Präsident Michel Temer schaffte die Pflicht, die Steuer zu zahlen, jedoch im Jahr 2017 mit der Begründung ab, Arbeiter*innen mehr Freiheiten zu lassen, ob und welche Gewerkschaften sie unterstützen möchten. Seitdem ist die Zahlung der Steuer für Arbeiter*innen freiwillig. Die Gewerkschaften interpretierten dies jedoch als Versuch, sie in ihren Kämpfen zu schwächen – das belegen auch die seit 2017 extrem rückläufigen Einnahmen aus der Steuer für die Gewerkschaften (CUT 2019; Elias 2019; Ferrari 2022).

Das brasilianische Gewerkschaftssystem besteht insbesondere aufgrund der gesetzlichen Vorgaben aus vielen Einzelgewerkschaften und ist fragmentiert. So gründeten sich seit Ende der Militärdiktatur viele neue Gewerkschaften. Zu Beginn entstanden sie aus den Streikkomitees als alternative Gewerkschaften, um die alten, staatskorporativen Gewerkschaften zu verdrängen oder weiße Flecken der Gewerkschaftslandschaft zu schließen. Zu einem größeren Teil bildeten sich neue Gewerkschaften aber auch, um von der Gewerkschaftssteuer zu profitieren (Vellay 2001: 36, 53–55). Im Jahre 2017 gab es in Brasilien 17.289 registrierte Gewerkschaften (Humberto 2017) und sechs registrierte Gewerkschaftsdachverbände (Diap 2017).

7.1.2 Landarbeiter*innengewerkschaften

Die Ursprünge der brasilianischen Landarbeiter*innengewerkschaften finden sich bereits in den 1920er Jahren, als die kommunistische Partei begann, Landarbeiter*innen und Bäuer*innen zu organisieren. In den 1950er Jahren gründeten Landarbeiter*innen und Bäuer*innen in São Paulo die Gewerkschaft *União dos Lavradores e Trabalhadores Agrícolas do Brasil* (ULTAB, dt. Vereinigung der Bauern und landwirtschaftlichen Arbeiter Brasiliens) und im Nordosten des Landes die *ligas camponesas* (dt. Bauernvereinigungen), um ihre Interessen kollektiv zu vertreten. Beide kommunistisch geprägten Organisationen traten für die Stärkung der Rechte von Landarbeiter*innen und Bäuer*innen ein. Während der Amtszeit des sozialistischen Präsidenten João Goulart (1961–1964) drängten diese Organisationen auf eine umfassen-

de Agrarreform² und auf ihre rechtliche Anerkennung. Präsident Goulart setzte jedoch nur zweiteres um. So erließ die Goulart-Regierung im Jahre 1963 das Gesetz 4.214/1963, das ländliche Arbeiter*innen (pt. *trabalhador rural*) als Arbeiter*innengruppe definiert und spezifische Arbeitsrechte für diese festlegte. Das Gesetz ermöglichte den Organisationen zudem, Landarbeiter*innengewerkschaften zu gründen (*Lei 4.214/1963, o Estatuto do Trabalhador Rural*), was einige der *ligas camponesas* nutzten. Aus diesen neu gegründeten Gewerkschaften und der ULTAB entstand im Jahr 1963 die nationale Landarbeiter*innengewerkschaft Brasiliens CONTAG (CPDOC 2017; Welch/Sauer 2015: 1111–1116).

Während der Militärdiktatur bestanden lokale Landarbeiter*innengewerkschaften und die nationale Gewerkschaft CONTAG fort. Nach Meinung der Regierung sollten sie die agrarindustrielle Modernisierung begleiten und unterstützen. Daher schaffte die Militärregierung die Gewerkschaften nicht ab, sondern kooptierte diese und mischte sich aktiv in deren Arbeit ein. Die Kontrollinstanz über die Gewerkschaften war vor allem das Arbeitsministerium. Dieses ersetzte durch Zwang kommunistische und progressive katholische durch verbündete oder eher konservative katholische Landarbeitergewerkschafter*innen. Als bürokratische korporatistische Organisation sollten Gewerkschaften sowohl Lohnarbeiter*innen als auch Bäuer*innen vertreten. Daher schließt die offizielle Definition der Berufsgruppe des *trabalhador rural* (Landarbeiter*in), die für die Zuordnung von Arbeiter*innen zu Gewerkschaften zentral ist, sowohl Lohnarbeiter*innen in der Landwirtschaft als auch Bäuer*innen ein. Als verlängerter Arm von Politik und Kapital vertraten sie die Interessen ihrer Mitglieder unzureichend und wurden daher oftmals als *sindicatos pelegos* (dt. staats- und unternehmensnahe Gewerkschaften) bezeichnet. Trotz der staatlichen Einflussnahme auf allen gewerkschaftlichen Ebenen ließen sich aber nicht alle Landarbeiter*innengewerkschaften kooptieren, sodass progressive Strömungen immer Teil der Landarbeiter*innengewerkschaften blieben (Alves 1991: 264–273; de Medei-

2 Im Folgenden nutze ich »Agrarreform« als Übersetzung des brasilianischen Begriffs *reforma agrária*. Im Unterschied zu einer Landreform ist im Begriff der Agrarreform neben einer Umverteilung von Land auch die Forderung einer Umstrukturierung der Agrarpolitik enthalten. Hierzu gehört etwa die Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, wie sie Landlosenbewegungen im brasilianischen Kontext fordern.

ros 2015: 68; FERAESP 2014; Maybury-Lewis 1994: 18–22; Welch/Sauer 2015: 1116–1120).³

Nach der Diktatur entwickelte sich die CONTAG zur größten Landarbeiter*innengewerkschaft Lateinamerikas und trat insbesondere für die Stärkung von Arbeitnehmer*innenrechten, die bäuerliche Landwirtschaft und die Durchführung einer Agrarreform ein. Sie setzte somit das Modell der Vertretung von Landwirt*innen, Bäuer*innen und landwirtschaftlichen Lohnarbeiter*innen fort. Innerhalb der CONTAG finden sich verschiedene ideologische Strömungen. Die Landarbeiter*innengewerkschaften auf lokaler und regionaler Ebene sind etwa an verschiedene Gewerkschaftsdachverbände gebunden. Die CONTAG war zwischen 1995 und 2009 Mitglied der CUT. Heute ist die CONTAG eng mit der CUT, aber auch mit dem Dachverband *Central dos Trabalhadores e Trabalhadoras do Brasil* (CTB) verbunden, jedoch in keinem der beiden offiziell Mitglied (CONTAG o.J.-b; Correa 2018: 116, 263; Welch/Sauer 2015).⁴ Insgesamt waren laut eigener Angabe im Jahr 2009 27 *Federações de Trabalhadores na Agricultura* (FETAGs) und mehr als 4.000 *Sindicatos de Trabalhadores Rurais* (STRs) Mitglied der CONTAG, die somit zu diesem Zeitpunkt mehr als 15,7 Mio. Landarbeiter*innen und Bäuer*innen vertrat (CONTAG o.J.).

Die ideologischen Unterschiede innerhalb der Landarbeiter*innengewerkschaften zeigen sich insbesondere im Bundesstaat São Paulo. Gründungen von Landarbeiter*innengewerkschaften waren in ihren Ursprüngen zunächst kommunistisch, aber nach Beginn der 1960er Jahre vor allem geprägt durch konservative *circulos operários* (dt. Arbeiter*innenvereinigungen), häufig katholischen Ursprungs. Diese grenzten sich von kommunistischen Ideologien ab und bevorzugten stattdessen assistenzialistische Ansätze, d.h. den Erhalt des Status quo bei gleichzeitiger karitativer Fürsorge für arme Menschen (port. *assistencialismo*) (Maybury-Lewis 1994: 82–85; Welch/Sauer 2015: 1111–1113, 1116). Aus dieser Bewegung bildeten sich 1962 die Landarbeiter*innengewerkschaft des Bundesstaats São Paulo FETAESP (FETAESP 2015) und andere lokale Landarbeiter*innengewerkschaften (STRs) in den 1960er und 1970er Jahren (Alves 1991: 118–119; Coletti 1996: 184). Die FETAESP und STRs handelten zu Zeiten der Diktatur mehrheitlich staatstreu und unterstützten staatlich geförderte Projekte der industriellen Landwirtschaft wie das *Pro-Álcool*-Programm (Chiovetti 1999: 154, 158; Maybury-Lewis 1994: 85–87, 96).

3 I_LG_6, 13, 15, 23, 29; I_SB_5.

4 I_GD_2; I_LG_28.

Daher wurde ihnen immer wieder vorgeworfen, staatskorporatistisch und korrupt zu sein (Maybury-Lewis 1994: 96).⁵

Ende der 1970er Jahre bildete sich hierzu eine Gegenbewegung innerhalb der Landarbeiter*innengewerkschaften São Paulos heraus. Zentraler Katalysator der Aufspaltung der Gewerkschaftsbewegung waren große Streiks im Zuckerrohrsektor Mitte bis Ende der 1980er Jahre, in denen die Zuckerrohrarbeiter*innen eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen forderten. Zudem waren die zunächst wilden Streiks ohne Gewerkschaft auch eine Kritik an den bestehenden gewerkschaftlichen Strukturen und der fehlenden gewerkschaftlichen Repräsentation. Kämpferische Arbeiter*innen und progressive Gewerkschafter*innen der *FETAESP* und *STRs* taten sich in diesen Streiks als von Arbeiter*innen akzeptierte Anführer*innen hervor und beschlossen schließlich die Neugründung alternativer Gewerkschaften. Sie gründeten im Jahre 1989 die Landarbeiter*innengewerkschaft *FERAESP* auf bundesstaatlicher und die *Sindicatos dos Empregados Rurais* (*SERs*, Gewerkschaft der angestellten Landarbeiter) auf lokaler Ebene (Alves 1991).

Bei der Trennung bzw. Neugründung ging es um verschiedene Aspekte. So kritisierte die *FERAESP* einerseits die ideologische Ausrichtung der *FETAESP* und deren *STRs* als zu konservativ. Sie bemängelte, dass sie Arbeiter*innen weder aktiv in die Gewerkschaftsarbeit einbinden noch auf Augenhöhe begegnen würden. Auch seien sie zu wenig kämpferisch, suchten nur den Dialog mit Unternehmer*innen bei Tarifverhandlungen, anstatt Arbeiter*innen aktiv für Gewerkschaften und Streiks zu organisieren. Zudem kritisierten sie die unternehmensfreundliche Haltung der *FETAESP* wie deren Forderung in den 1990er Jahren, das *Pro-Álcool-Programm* fortzuführen. Die *FERAESP* hingegen befürwortete das Ende der *Pro-Álcool*-Subventionen, da diese Zuckerrohrunternehmen, die Land konzentrierten und Schulden an den Staat nicht zurückzahlten, zugutekämen. Sie forderten stattdessen die Übertragung von »Zuckerrohrland« an Bäuer*innen (Chiovetti 1999: 156–165).⁶

Der zweite Aspekt in der Auseinandersetzung war die »eklektische« Struktur der Gewerkschaften, also dass diese sowohl Bäuer*innen als auch landwirtschaftliche Lohnarbeiter*innen vertraten, was zu verschiedenen Problemen führte. Oftmals waren Bäuer*innen oder Landwirt*innen die bestimmende Gruppe innerhalb der Gewerkschaft und stellten die Präsident*innen. Lohnarbeiter*innen fühlten sich dadurch nicht ausreichend vertreten, da

5 | LG_6, 23.

6 | LG_6, 23.

sich ihre Gewerkschaftsvorsitzenden wenig mit den für sie wichtigen Themen auskannten oder sich dafür nicht interessierten und ihre Forderungen dementsprechend unzureichend durchsetzten. Zum Teil bestanden auch Interessengegensätze in den Positionen der Landwirt*innen und Bäuer*innen als Arbeitgeber*innen und ihren Angestellten, den landwirtschaftlichen Lohnarbeiter*innen (Alves 1991: 109, 117, 171). Die neugegründete *FERAESP* vertrat daher nur noch Lohnarbeiter*innen, aber nicht mehr Bäuer*innen und kleine Landbesitzer*innen. Zudem verfolgten die *FERAESP*-Gewerkschafter*innen das Ziel, Gewerkschaftsarbeit demokratischer zu gestalten und diese nicht für, sondern gemeinsam mit Arbeiter*innen zu gestalten. Auch wollten sie eine weniger bürokratische Organisation sein, Arbeiter*innen direkt am Arbeitsplatz organisieren und Konflikte nicht nur am Verhandlungstisch, sondern mit Streiks und anderen Protestformen austragen (Alves 1991: 260–262, 284; Chiovetti 1999: 156; Thomaz Júnior 2002: 281–288).⁷

Die Landarbeiter*innengewerkschaften rund um die *FERAESP* waren Teil des sogenannten *novo sindicalismo*, der Gewerkschaftsbewegung, die sich Ende der Militärdiktatur herausbildete und mit alten gewerkschaftlichen Strukturen, repräsentiert durch die *FETAESP*-Gewerkschaften, brechen wollte (Alves 1991: 147).⁸ Sinnbildlich für die ideologische Trennung stand auch die inzwischen aufgelöste Mitgliedschaft der *FERAESP* in der CUT (seit 2018 ist die *FERAESP* Mitglied der CSB) und die Mitgliedschaft der *FETAESP* im Gewerkschaftsdachverband *Força Sindical*, in der sich konservative, eher korporatistische Gewerkschaften versammeln (Correa 2018: 298, 316; Thomaz Júnior 2009a: 441).

Die Neugründung der *FERAESP* verlief nicht konfliktfrei. Es gab Auseinandersetzungen mit den Zuckerrohrunternehmen, die die kämpferischeren *FERAESP*-Gewerkschaften zunächst nicht anerkannten. Sie weigerten sich in den ersten Jahren, die Einnahmen aus der Gewerkschaftssteuer an die *FERAESP*-Gewerkschaften weiterzuleiten und mit ihnen Tarifverhandlungen zu führen. Darüber hinaus übten sie über schwarze Listen oder Entlassungen Druck auf Arbeiter*innen aus, die Mitglied in *FERAESP*-Gewerkschaften waren (Thomaz Júnior 2010: 14). Gewerkschafter*innen der *FERAESP* wurden laut eigenen Angaben gewaltsam verfolgt (*FERAESP* 2014: 19). Auch durch staatliche Institutionen gab es Widerstand gegen die *FERAESP* und deren Aktionen. Streiks wurden teilweise gewaltsam durch die Polizei beendet. Die

7 I_LG_23.

8 G_W_4.

Zulassung der *FERAESP* durch das Arbeitsministerium und die Arbeitsjustiz dauerte bis ins Jahr 1997 (*FERAESP* 2014; de Oliveira 2009: 486–487).

Darüber hinaus wurden die *FERAESP*-Gewerkschaften von anderen Gewerkschaften als Invasorinnen angesehen (Thomaz Júnior 2010: 15). Insbesondere mit der *FETAESP* gab es viele Auseinandersetzungen. Hierbei ging es neben ideologischen Unterschieden insbesondere um die Kontrolle in Landarbeiter*innengewerkschaften sowie die Vertretung der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter*innen und die daraus resultierenden Einnahmen aus der Gewerkschaftssteuer. Gewerkschaftsneugründungen sind aufgrund des Gewerkschaftsrechts nicht einfach – besteht bereits eine Gewerkschaft für eine Arbeiter*innengruppe in einer Gemeinde, ist es rechtlich kaum möglich, dort eine Konkurrenzgewerkschaft zu gründen. Eine Strategie der *FERAESP* war es daher, eigene Kandidat*innen in Wahlen von bestehenden *STRs* zu platzieren und lokale Gewerkschaften so für sich zu gewinnen. Zudem gründete sie in Gemeinden, in denen bisher keine Hauptsitze einer Landarbeiter*innengewerkschaft lagen, neue Gewerkschaften (Thomaz Júnior 2002: 269–272; 2010: 14–16).⁹ Ein Beispiel hierfür war die Gründung der Landarbeiter*innengewerkschaft in Guariba, die möglich war, da Arbeiter*innen in Guariba vorher von der Landarbeiter*innengewerkschaft in Jaboticabal, einer Nachbarstadt, vertreten wurden.¹⁰ Um die Frage, ob die *FETAESP* oder *FERAESP* Lohnarbeiter*innen in der Landwirtschaft vertreten dürfe, entbrannte eine juristische Auseinandersetzung zwischen beiden. Im Jahre 2002 entschied das Arbeitsgericht, dass die *FERAESP* die legitime Vertreterin dieser Arbeiter*innengruppe sei, eklektische Gewerkschaften wie die *STRs* und *FETAESP* aber nach wie vor existieren dürften. Nach Ansicht der *FERAESP* hätte die *FETAESP* daher seitdem alle Einnahmen der von Lohnarbeiter*innen gezahlten Gewerkschaftssteuer an die *FERAESP* weiterleiten müssen, was diese jedoch ablehnte. Erst 2014 einigten sich die beiden Gewerkschaften im Rahmen eines vom Arbeitsministeriums *MTE* moderierten runden Tisches auf ein Abkommen und legten ihren über 20 Jahre dauernden Streit offiziell bei. Die *FETAESP* änderte daraufhin ihre Statuten und repräsentiert seither nur noch kleine Landbesitzer*innen und Bäuer*innen, aber nicht mehr landwirtschaftliche Lohnarbeiter*innen (Folha de S. Paulo 2003; Jusbrasil o.J.).¹¹ Im Jahre 2015 waren somit die *FETAESP*, als Vertreterin der Kleinbäuer*innen

9 I_LG_6, 13, 14.

10 I_A_13, 16; I_LG_13, 14.

11 I_LG_15, 22, 25; TB_LG_2; C_W_4.

sowie kleinen Landbesitzer*innen, mit offiziell ca. 130 zugehörigen lokalen Gewerkschaften sowie die *FERAESP* als Vertreterin der Lohnarbeiter*innen in der Landwirtschaft mit ca. 50 offiziellen Mitgliedsgewerkschaften die größten Landarbeiter*innengewerkschaften im Zuckerrohrsektor (*FETAESP* 2015; MTE o.J.).¹²

Dennoch entstanden immer wieder neue Konkurrenzgewerkschaften wie die *Federação dos Empregados Rurais no Setor Canavieiro do Estado de São Paulo*. Sie versuchte Ende der 1990er Jahre ausschließlich Zuckerrohrarbeiter*innen zu repräsentieren, schloss sich im Jahr 2002 aber der *FERAESP* an (*FERAESP* 2014: 19; Folha de S. Paulo 2003). Ein weiteres Beispiel ist auch die *Federação Estadual dos Trabalhadores e Empregados na Agricultura do Estado de São Paulo* (*FETRAGRO*), die bereits 2009 gegründet wurde und aus sieben Gewerkschaften, insbesondere in der Region um Tupã (Verwaltungsregion Presidente Prudente), besteht. Sie setzt sich für eine Fortführung des eklektischen Modells, also dass Landarbeiter*innengewerkschaften Bäuer*innen und Lohnarbeiter*innen repräsentieren, ein. Die *FETRAGRO* hat diesbezüglich einen neuen Prozess vor dem Arbeitsgericht begonnen, in dem es um ihre Zulassung, die Repräsentation der beiden Gruppen und den Erhalt der eingenommenen Gewerkschaftsteuer ging. Gegen die offizielle Anerkennung der *FETRAGRO* haben *FERAESP* und *FETAESP* Widerspruch eingelegt.¹³

Die Gründung der *FERAESP* führte allerdings nicht nur innerhalb des Bundesstaates São Paulo, sondern auch auf Bundesebene zu Diskussionen. Auch das Verhältnis der *FERAESP* zur *CONTAG* war seit ihrer Gründung belastet (Alves 1991: 304–306). Neben der Tatsache, dass die *FETAESP* Teil der *CONTAG* war und die *FERAESP* nicht, drehte sich der Streit wie auf bundesstaatlicher Ebene um das eklektische Gewerkschaftsmodell der *CONTAG* und Strategien gewerkschaftlichen Handelns. Gleichzeitig werteten die *CONTAG*-Gewerkschaften die Gründung der *FERAESP* als spalterisch, da sie damit de facto in Konkurrenz zu ihnen trat und ihr Modell in Frage stellte. Nichtsdestotrotz war die *FERAESP* bis Anfang der 2000er Jahre daran interessiert, Mitglied der *CONTAG* zu werden, sofern diese ihre Praxis, etwa hin zu einer größeren Arbeiter*innenpartizipation, ändere. Die Kritik der *FERAESP* richtete sich insbesondere gegen das Modell der *FETAESP* und weniger gegen die *CONTAG* als Ganzes, die konservativere (wie die *FETAESP*) als auch progressivere Strömungen (wie die Gewerkschaften im Nordosten) vereinte. Da

12 TB_LG_2.

13 I_LG_4, 8, 22.

die CONTAG dies stets ablehnte, kam es nie zu einer Vereinigung. Auch die gemeinsamen Bande über die zwischenzeitliche Mitgliedschaft der FERAESP sowie der CONTAG zwischen 1995 und 2009 in der CUT änderten daran nichts (Correa 2018: 89–143).¹⁴

Anfang der 2010er Jahre entfachte sich die Debatte erneut auf nationaler Ebene um eine neue nationale Landarbeiter*innengewerkschaft sowie um die alte Frage, Lohnarbeiter*innen und Familienlandwirt*innen in separaten Gewerkschaften zu trennen. Dies hatte damit zu tun, dass immer mehr Gewerkschaften, die entweder Lohnarbeiter*innen oder Familienlandwirt*innen vertreten, rechtlich vom Arbeitsministerium anerkannt wurden. Zudem mischten sich die gegen Ende der 2000er Jahre neu gegründeten Gewerkschaftsdachverbände in die Politik der Landarbeiter*innengewerkschaften ein und übten Druck auf die bestehenden Gewerkschaften aus, sich aufzuspalten. Die CONTAG befürchtete daher, ihre Vormachtstellung als dominante Landarbeiter*innengewerkschaft zu verlieren. Nach Gesprächen im gewerkschaftlichen Ausschuss *Grupo de Trabalho Rural* zwischen u.a. der CONTAG, FERAESP und verschiedenen Gewerkschaftsdachverbänden erließ die CONTAG ab 2014 die Direktive für lokale und bundesstaatliche Gewerkschaften, ihre Statuten zu ändern und zwei separate Gewerkschaften einzurichten. Auf Bundesebene entschied sich die CONTAG 2016 dazu, die *Confederação Nacional dos Trabalhadores Assalariados e Assalariadas Rurais* (CONTAR) neu zu gründen, welche 2017 offiziell vom Arbeitsministerium anerkannt wurde. Seitdem vertritt die CONTAG nur noch Landwirt*innen, kleine Landbesitzer*innen sowie Bäuer*innen, die CONTAR hingegen repräsentiert ausschließlich Lohnarbeiter*innen in der Landwirtschaft (Correa 2018: 204–213).¹⁵

14 Nach Ende der Militärdiktatur startete auch eine Debatte darüber, eine alternative nationale Landarbeiter*innengewerkschaft neben der CONTAG zu gründen. Zunächst war dies die Forderung der CUT-Landarbeiter*innengewerkschaften, innerhalb der CUT eine nationale Landarbeiter*innengewerkschaft zu gründen. Da die CUT-Mitgliedsgewerkschaften keine einheitliche Linie fanden und stattdessen den Weg einschlugen, die CONTAG von innen verändern zu wollen, wurde dies innerhalb der CUT in den 1990er Jahren nicht umgesetzt (Correa 2018: 89–143). In den 2000er Jahren gründete sich jedoch unter dem Dach der CUT die Gewerkschaft der Familienlandwirt*innen *Confederação Nacional dos Trabalhadores e Trabalhadoras na Agricultura Familiar* (CONTRAF-BRASIL/CUT) auf nationaler Ebene sowie die *Federação da Agricultura Familiar do Estado de São Paulo* (FAF SP) im Bundesstaat São Paulo (CONTRAF-BRASIL/CUT o.J.).

15 I_LG_28, 29.

Die agrarindustrielle Transformation des Zuckerrohrsektors wirkte sich negativ auf Landarbeiter*innengewerkschaften im Bundesstaat São Paulo aus. Durch die Entlassung vieler manueller Landarbeiter*innen aufgrund der Mechanisierung und Krise des Sektors ab 2011 verloren sie einen Großteil ihrer Mitgliederbasis. Die Gewerkschaft in Guariba vertrat in den 1990er Jahren noch über 5.000 Landarbeiter*innen, die größtenteils im Zuckerrohrsektor beschäftigt waren. Im Jahre 2016 waren es nur noch 700–800, wovon ca. 200 im Zuckerrohrsektor beschäftigt sind. Dieses Beispiel steht exemplarisch für die meisten Landarbeiter*innengewerkschaften in Zuckerrohrregionen.¹⁶ Über den Organisationsgrad der Landarbeiter*innengewerkschaften liegen keine offiziellen Zahlen vor; in den Interviews waren die Aussagen der Gewerkschafter*innen über den Anteil der Gewerkschaftsmitglieder in den Landarbeiter*innengewerkschaften zudem widersprüchlich.¹⁷

Aufgrund des Rückgangsvertretener manueller Arbeiter*innen reduzierten sich die finanziellen Ressourcen der Landarbeiter*innengewerkschaften. Manche Gewerkschaften standen in den 2010er Jahren aufgrund der finanziellen Situation sogar kurz vor der Insolvenz. Dies schuf Streitigkeiten innerhalb der Landarbeiter*innengewerkschaften. Obwohl die Aufteilung der Gewerkschaftssteuer unter den Gewerkschaften auf den verschiedenen Ebenen rechtlich geregelt ist, leiteten kleinere Gewerkschaften Teile ihrer Steuereinnahmen nicht an die *FERAESP* weiter. Grund hierfür waren die Ressourcenknappheit der lokalen Gewerkschaften aufgrund des Mitgliederrückgangs, aber auch die historisch gewachsenen Ressentiments einiger *STRs* gegenüber der *FERAESP*. Die *FERAESP* wiederum beantwortete dieses Vorgehen mit Klagen vor Arbeitsgerichten gegen die lokalen Gewerkschaften.¹⁸

Klagen aufgrund der Ressourcen- und Mitgliederverteilung gab es auch zwischen Landarbeiter*innen- und Transportgewerkschaften, wodurch sich das Verhältnis zwischen den beiden Gewerkschaften verschlechterte. Weil nach brasilianischem Arbeitsrecht nur eine Gewerkschaft in einer Gemeinde die Traktor-, Lkw- und Erntemaschinenfahrer*innen vertreten darf, entstand ein Konflikt zwischen Landarbeiter*innen- und Transportgewerkschaften um deren Repräsentation. Wie in Brasilien üblich, werden diese Konflikte nicht von Gewerkschaftsdachverbänden geschlichtet, sondern vor Arbeitsgerichten

16 I_LG_4, 6, 8, 12, 14, 18, 23, 24 25.

17 I_LG_3, 10, 11, 12, 14, 16, 24, 28.

18 TB_LG_1, 2; I_LG_8, 9, 16.

ausgetragen. So entstanden in nahezu jeder Gemeinde mit Zuckerrohranbau Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gewerkschaften über die Frage, wer die Traktor-, landwirtschaftlichen Lkw- und diversen Maschinenfahrer*innen vertreten dürfe.¹⁹ Unternehmen hatten die mechanisierten Arbeiter*innen und Fahrer*innen zumeist den Transportgewerkschaften zugeordnet, wogegen sich die Landarbeiter*innengewerkschaften in den 1980er und 1990er Jahren kaum wehrten. Der Fokus der Arbeit der Landarbeiter*innengewerkschaften lag auf der Organisation manueller Arbeiter*innen und nicht der mechanisierten (Alves 1991: 243, 252–255).²⁰ Aufgrund der umfassenden Mechanisierung seit Beginn der 2000er Jahre wuchs jedoch die Notwendigkeit, diese Arbeiter*innengruppe zu vertreten, um das Überleben ihrer Gewerkschaften zu sichern. In den Gerichtsverfahren, die über mehrere Jahre andauern, argumentieren Landarbeiter*innengewerkschaften, dass die Traktor- und Maschinenfahrer*innen im landwirtschaftlichen Teil des Unternehmens angestellt seien und zudem die Nachfolger*innen der manuellen Zuckerrohrschneider*innen seien.²¹ Gleichzeitig verweisen FERAESP-Gewerkschafter*innen auch darauf, dass die Aufteilung der Vertretung der Arbeiter*innen zwischen Transport- und Landarbeiter*innengewerkschaften in den 1980er und 1990er Jahren noch von der konservativeren FETAESP mitbestimmt wurde. Damals seien sie noch nicht formell anerkannt gewesen, weshalb sich dadurch eine neue Situation ergeben hätte und das Abkommen zwischen den Gewerkschaften nichtig sei.²² Die Transportgewerkschaften argumentieren hingegen, dass Lkw-, Traktor- und Maschinenfahrer*innen primär Fahrer*innen seien und schon immer von ihnen vertreten worden seien.²³ Beide behaupten zudem, dass die Arbeiter*innen ihre Gewerkschaft bevorzuge und sie die Arbeiter*innen besser vertreten könnte als die andere Spartengewerkschaft. Die Gerichtsverfahren gehen über mehrere Jahre und werden zumeist nach Revision in den lokalen und regionalen Gerichten in oberster Instanz, dem Arbeitsgericht in Brasília, entschieden. In den meisten Fällen haben bisher Transportgewerkschaften die Verfahren gewonnen, insbesondere nachdem die arbeitsrechtlichen Vorgaben *Orientações Jurisprudenciais* (OJ, dt. Richtlinien zur Rechtsprechung) 315 und 419, die die Position

19 I_GD_1; I_LG_8, 13, 26, 27, 28; I_TG_3, 6, 8.

20 I_TG_6, I_LG_24.

21 I_LG_3, 6, 7, 8, 10, 13, 22, 23, 24, 25, 26, 28; I_TG_3, 6.

22 I_LG_22, 25.

23 I_TG_1, 2, 3, 5, 6, 7, 8; I_LG_22, 24, 25.

von Landarbeiter*innengewerkschaften stärkten, in den 2010er Jahren abgeschafft wurden.²⁴

7.1.3 Transportgewerkschaften

Die Geschichte der Transportgewerkschaften ist ähnlich wie die der Landarbeiter*innengewerkschaften von Brüchen, Neugründungen und Zusammenschlüssen gezeichnet. Prägend hierfür waren jedoch weniger Landarbeiter*innen, sondern andere Berufsgruppen innerhalb der Gewerkschaft, weshalb die folgenden Ausführungen hierzu kürzer sind.

In Transportgewerkschaften sind verschiedene Arbeiter*innengruppen vertreten, vor allem Bus-, U-Bahn-, Zug-, Lkw-, Traktor- und Erntemaschinenfahrer*innen, aber auch teilweise Verwaltungsangestellte von Transportunternehmen. Die Transportgewerkschaften sind in zwei Lager aufgeteilt: rund um die *Confederação Nacional dos Trabalhadores em Transportes Terrestres* (CNTTT) und die *Confederação Nacional dos Trabalhadores em Transportes e Logística da CUT* (CNTTL-CUT). In den 1950er Jahren gründete sich auf nationaler Ebene die CNTTT (1952) und auf bundesstaatlicher Ebene die *Federação dos Trabalhadores em Transportes Rodoviários do Estado de São Paulo* (FTTRESP) (1953) (CNTTT o.J.; FTTRESP 2013b). Die progressiveren Gewerkschaften CNTTL-CUT sowie die *Federação Estadual dos Trabalhadores em Transportes e Trânsito no Estado de São Paulo da CUT* (FESTTT-CUT) hingegen gründeten sich im Zuge des *novo sindicalismo* Ende der 1980er Jahre (CNTTL-CUT 2008, o.J.-b; FTTRESP 2018; Mundo Sindical 2016; Sindicato dos Condutores de Veículos Rodoviários e Anexos da Região de Osvaldo Cruz o.J.).

Aufgrund der Demokratisierung des Landes nach Ende der Militärdiktatur bildeten sich ähnlich wie im Fall der Landarbeiter*innengewerkschaften Ende der 1980er und in den 1990er Jahren neue Transportgewerkschaften heraus. Dies geschah aus verschiedenen Gründen. So gab es kämpferischere Arbeiter*innen und Gewerkschafter*innen, die neue Gewerkschaften gründeten und in den CNTTL-CUT-Gewerkschaften versammelten. Diese Gewerkschaften waren Teil des Dachverbandes CUT. Zudem spalteten sich einzelne Berufsgruppen ab und gründeten eigene Gewerkschaften, beispielsweise Gewerkschaften für die Beschäftigten des Güterverkehrs, des Personenverkehrs oder für die Büroangestellten im Transportsektor. Es entstanden des Weiteren

24 I_LG_3, 6, 7, 8, 10, 13, 22, 23, 24, 25, 26, 28; I_S_4, 5; I_TG_1, 2, 3 5, 6, 7, 8.

Gewerkschaften in Gemeinden, in denen es keinen Hauptsitz von Gewerkschaften gab. Ähnlich wie bei den Landarbeiter*innengewerkschaften verlief dieser Prozess nicht konfliktfrei, da viele der Abspaltungen nicht zwischen den Gewerkschaften ausgehandelt, sondern vor Gericht entschieden wurden. Die Transportgewerkschaften teilten sich in den 1980er und 1990er Jahren in kleinere auf, es gab viele Konflikte und Fragmentierungen, was die Transportgewerkschaften als Ganzes schwächte (CNTTL-CUT 2008, o.J.-b; Santos 2007: 91–105). Die Transportgewerkschaften reagierten auf diese Schwächung und schafften es in den 2000er Jahren, die Fragmentierung und Zersplitterung weitgehend rückgängig zu machen. Die Gewerkschaften des Transportsektors sind inzwischen wieder in zwei großen Gewerkschaften auf nationaler Ebene, der CNTTT und der CNTTL-CUT, zusammengeschlossen (CNTTL-CUT o.J.; Kapron 2012: 141).

Für den Zuckerrohrsektor in São Paulo sind vor allem die FTTRESP-Gewerkschaften relevant. Auch wenn es Ausnahmen wie die Gewerkschaft *Sindicato dos Condutores de Veículos Rodoviários e Anexos da Região de Osvaldo Cruz, Adamantina e Dracena* gibt, sind die meisten Transportgewerkschaften in den Zuckerrohrregionen als Teil der FTTRESP-Gewerkschaften organisiert. Erwähnenswert ist zudem, dass die Interessen ländlicher Transportarbeiter*innen in den Transportgewerkschaften auf bundesstaatlicher und nationaler Ebene eher schwächer vertreten sind, städtisch geprägte Gewerkschaften und Arbeiter*innengruppen wie städtische Busfahrer*innen innerhalb der *federação* und *confederação* dominieren (CNTTL-CUT o.J.-a; FTTRESP 2018; Thomaz Júnior 2002: 243–248).²⁵

Die agrarindustrielle Transformation des Zuckerrohrsektors wirkte sich auf Transportgewerkschaften anders als auf Landarbeiter*innengewerkschaften aus. Transportgewerkschaften gewannen in Regionen mit Zuckerrohrunternehmen und in denen sie die Repräsentation der Maschinenfahrer*innen verteidigen konnten an vertretenen Arbeiter*innen und Mitgliedern im Zuge der Transformation.²⁶ Die Transportgewerkschaft in Guariba vertrat im Jahr 2016 beispielsweise ca. 3.200 Arbeiter*innen im Zuckerrohrsektor, vor der Mechanisierung waren es deutlich weniger. Die Transportgewerkschaft in Guariba ist eine Gewerkschaft, in der die Gruppe der Fahrer*innen im Zuckerrohrsektor zentral ist.²⁷

25 I_TC_8.

26 I_TC_3, 4, 5, 7.

27 I_TC_7.

Tabelle 3: Gewerkschaftsdachverbände, Landarbeiter*innen- und Transportgewerkschaften

Ebene (Bezeichnung)	(registrierte) Gewerkschaftsdachverbände	
National (central sindical)	<ul style="list-style-type: none">– Central dos Sindicatos Brasileiros (CSB)– Central Única dos Trabalhadores (CUT)– Força Sindical (FS)– Central dos Trabalhadores e Trabalhadoras do Brasil (CTB)– União Geral de Trabalhadores (UGT)– Nova Central Sindical dos Trabalhadores (NCST)	
	Landarbeiter*innengewerkschaften	Transportgewerkschaften
National (confederação)	<ul style="list-style-type: none">– Confederação Nacional dos Trabalhadores Assalariados e Assalariadas Rurais (CONTAR)– Confederação Nacional dos Trabalhadores Rurais Agricultores e Agricultoras Familiares (CONTAG)– Confederação Nacional dos Trabalhadores e Trabalhadoras na Agricultura Familiar (CONTRAF-BRASIL/CUT)	<ul style="list-style-type: none">– Confederação Nacional dos Trabalhadores em Transportes Terrestres (CNTTT)– Confederação Nacional dos Trabalhadores em Transportes e Logística da CUT (CNTTL-CUT)
Bundesstaat São Paulo (federação)	<ul style="list-style-type: none">– Federação dos Empregados Rurais Assalariados do Estado de São Paulo (FERAESP)– Federação dos Trabalhadores na Agricultura Familiar do Estado de São Paulo (FETAESP)– Federação da Agricultura Familiar do Estado de São Paulo (FAF SP)– Federação Estadual dos Trabalhadores e Empregados na Agricultura do Estado de São Paulo (FETRAGRO)	<ul style="list-style-type: none">– Federação dos Trabalhadores Rodoviários do Estado de São Paulo (FTRESP)– Federação Estadual dos Trabalhadores em Transportes e Trânsito no Estado de São Paulo da CUT (FESTTT-CUT)
Gemeinde (sindicato)	<ul style="list-style-type: none">– Sindicatos dos Empregados Rurais (SERs)– Sindicatos dos Trabalhadores Rurais (STRs)	<ul style="list-style-type: none">– Sindicato dos Trabalhadores em Transportes Rodoviários e Anexos de Jales e Região– Sindicato dos Condutores de Veículos Rodoviários e Anexos da Região de Osvaldo Cruz, Adamantina e Dracena– Etc

Quelle: Correa (2018), Diap (2017), MTE (o.I.), eigene Darstellung

Manche Transportgewerkschaften, wie in Ribeirão Preto, vertreten insgesamt 3.000 Fahrer*innen, wovon jedoch nur 500 Fahrer*innen im Zuckerrohrsektor angestellt sind und demnach innerhalb der Gewerkschaft im Vergleich zur Transportgewerkschaft Guaribas eine unwichtigere Rolle einnehmen.²⁸ Wenige Transportgewerkschaften hatten jedoch auch mit Rückgängen von vertretenen Fahrer*innen im Zuckerrohrsektor zu kämpfen. Ein Beispiel hierfür ist die Transportgewerkschaft in Flórida Paulista, wo das einzige Zuckerrohrunternehmen aufgrund der Krise des Sektors schloss.²⁹ Über den Organisationsgrad der Fahrer*innen im Zuckerrohrsektor liegen in den Transportgewerkschaften wie im Falle der Landarbeiter*innengewerkschaften keine offiziellen Zahlen vor. Auch hier waren die Aussagen der Gewerkschafter*innen zum Organisationsgrad in ihren Gewerkschaften widersprüchlich.³⁰

7.2 Soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Organisationen

In diesem Abschnitt gehe ich auf soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Organisationen ein, die auch als Klassenformationen von Zuckerrohrarbeiter*innen gefasst werden können. Hierzu gehören die Landlosenbewegungen und die *Serviço Pastoral dos Migrantes*, eine kirchliche Organisation, die migrantische Zuckerrohrarbeiter*innen unterstützt und deren Interessen vertritt.

7.2.1 Die Landlosenbewegungen

Land ist seit Ende der Kolonialzeit extrem ungleich verteilt. Erste organisierte und nachhaltige Kämpfe von landlosen Arbeiter*innen gegen die ungleiche Verteilung von Land und gegen Landbesetzer*innen finden sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als sich initiiert von europäischen Migrant*innen anarchistische und kommunistische Bewegungen und schließlich Bäuer*innenligen und Landarbeiter*innengewerkschaften bildeten. Die Landlosenbewegungen haben somit die gleichen Wurzeln wie die Landarbeiter*innengewerkschaften. Zentrale Forderung dieser Bewegung war und ist eine umfassende

28 I_TC_5.

29 I_TC_1.

30 I_TC_3, 4, 5, 7, 8.

Umverteilung von Land bzw. eine Agrarreform (Robles 2018: 2; Welch/Sauer 2015: 1109–1112). Die Bewegungen und Landarbeiter*innen gewannen im Laufe des 20. Jahrhunderts immer mehr an Stärke. Der Beginn der Militärdiktatur 1964 stellte jedoch eine Zäsur für die Landlosenbewegungen dar. In dieser Zeit kooptierte die Militärregierung Teile der Bewegung wie die Landarbeiter*innengewerkschaften für ihre Zwecke, sodass von diesen kaum Initiativen für Landbesetzungen oder für eine Agrarreform ausgingen und sie die Belange von landlosen Arbeiter*innen und Kleinbäuer*innen unzureichend vertraten. Andere Gruppen der Landlosenbewegung wurden verfolgt und verboten. Aufgrund der nach wie vor bestehenden Probleme von landlosen Landarbeiter*innen und Kleinbäuer*innen bildete sich 1975 unter dem Schutzmantel der katholischen Kirche die ökumenische Landkommission *Comissão Pastoral da Terra (CPT)* heraus. Die CPT bot Unterstützung für (enteignete) Kleinbäuer*innen und Landarbeiter*innen. Gleichzeitig brachte sie das Thema der Agrarreform wieder auf die Agenda, indem sie militanten Landlosen dazu verhalf, unter dem Schutz der Kirche neue Strukturen des Kampfes um Land und eine Landlosenbewegung herauszubilden (Carter 2010: 192; CPT 2010; Robles/Veltmeyer 2015: 86–90; Welch/Sauer 2015: 1118–1121). Die CPT setzt sich bis heute für die Belange von Landlosen und Kleinbäuer*innen ein und fordert eine umfassende Agrarreform. Da die CPT trotz nationaler Strukturen hauptsächlich im Nordosten und im Amazonasgebiet Brasiliens, jedoch kaum im Bundesstaat São Paulo aktiv ist, gehe ich nicht weiter auf die Organisation ein (Dataluta 2014b; 2017: 48).

Nachdem es – vermittelt durch die CPT – bereits Ende der 1970er Jahre erste Landbesetzungen durch landlose Landarbeiter*innen sowie Anfang der 1980er Jahre erste Gespräche der militanten Landbesetzer*innen über die Gründung einer neuen Landlosenbewegung gab, gründete sich die *Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST)* in Paraná kurz vor dem Ende der Militärdiktatur im Jahre 1984. Bei ihrer Gründung legte die MST verschiedene Prinzipien und Ziele fest. Hierzu gehören die politische Autonomie und ein basisdemokratischer Aufbau der Organisation. Landlose Familien sind in *assentamentos* und *acampamentos* in *núcleos de base* (dt. Basiseinheiten) organisiert, die Repräsentant*innen, jeweils einen Mann und eine Frau, wählen, die sie auf der nächst höheren Stufe vertreten. Diese Repräsentant*innen wählen wiederum Repräsentant*innen für die nächst höhere Organisationseinheit fortlaufend bis hin zur nationalen Ebene, deren Leitung aus 15 Repräsentant*innen besteht. Obwohl der formelle Aufbau basisdemokratisch ist, besteht in der Praxis ein gewisses Hierarchiegefälle (Hammond/Rossi

2013; Navarro 2010). Die MST verfolgt darüber hinaus seit ihrer Gründung drei Grundziele: den Kampf um Land, den Kampf für eine Agrarreform und den Kampf für eine soziale Reform der Gesellschaft bzw. für den Sozialismus (de Medeiros 2015: 86; Fernandes 2015; MST o.J.-a; Robles/Veltmeyer 2015: 86–94).

Die MST begann als regionale Organisation im Süden Brasiliens, errichtete aber in immer mehr Bundesstaaten Strukturen, sodass sie Ende der 1990er Jahre eine bundesweite Organisation mit Mitgliedern in fast allen Bundesstaaten Brasiliens war. In den 1990er Jahren professionalisierte die MST ihre internen Strukturen, bereitete die militanten Landlosen besser auf den Kampf um Land vor und weitete ihr Repertoire an Widerstandsformen und ihr teils internationales (Unterstützer*innen-)Netzwerk aus. 1996 trat die *MST La Via Campesina*, der transnationalen Dachorganisation kleinbäuerlicher Bewegungen, bei. Gerade Mitte der 1990er Jahre erlebte die MST ein Wachstum an Mitgliedern und Popularität in der Gesellschaft, auch in Folge des Massakers von Eldorado do Carajás im Bundesstaat Pará im Jahr 1996, als Polizist*innen 17 MST-Landbesitzer*innen ermordeten. So setzte die Bewegung Ende der 1990er Jahre die Regierung mit zahlreichen Landbesetzungen und 1997 mit einem Marsch nach Brasília, bestehend aus 100.000 Protestierenden, unter Druck. Hierdurch konnte sich die Bewegung auch zahlreiche *assentamentos* erkämpfen (de Sousa Santos/Carlet 2010: 66; Fernandes 2015: 144–145; Navarro 2010: 204; Robles 2018: 17–18; Rosa 2015: 384–386; Welch 2006b: 205–207).

Obwohl die Bewegung 2006 brasilienweit aus ca. 1,1 Mio. Landlosen sowie Bäuer*innen und 20.000 unterstützenden Militanten bestand und nach wie vor die größte und wichtigste bäuerliche Bewegung Brasiliens ist, verlor sie in der Folge an Stärke. So ging der Rückhalt aus der Bevölkerung – auch aufgrund nachteiliger Berichterstattung wichtiger Medien wie der Globo-Mediengruppe – zurück und Allianzen verringerten sich. Trotz inhaltlicher Nähe und personeller Schnittstellen konnte die MST die Frage nach einer Agrarreform durch die Regierung der *Partido dos Trabalhadores* (PT) kaum vorantreiben. Während der Regierungszeit Dilma Rousseffs konnte sie ihre Forderungen nach neuen Agrarreformsiedlungen sogar immer seltener durchsetzen (Carter/de Carvalho 2012: 259; Navarro 2010; Sauer/Mészáros 2017: 404–405). Unter den Regierungen Michel Temers (*Partido do Movimento Democrático Brasileiro*) und Jair Bolsonaros (parteilos) verschlimmerte sich ihre Situation – gerade die immer schon vorherrschende Gewalt gegenüber der Bewegung nahm zu und die Regierungen versuchen, die Bewegung zu kriminalisieren (Friends of the MST 2019; Medeiros/Motta 2019).

Aktuell organisiert die MST dennoch nach eigenen Angaben ca. 350.000 Familien, hauptsächlich in sogenannten *acampamentos* und *assentamentos*. Inhaltlich weitete sich der Fokus der Bewegung immer weiter aus, sodass sie sich neben der zentralen Landfrage politisch etwa für die Gleichberechtigung der Geschlechter, Ernährungssouveränität oder Menschenrechte einsetzt (Carter/de Carvalho 2012; MST o.J.-b).

Der Bundesstaat São Paulo ist regional eines der Zentren der MST. Dort war die MST bereits seit ihrer Gründung 1984 aktiv und dort findet sich inzwischen auch ihr nationaler Hauptsitz. Im Zeitraum 2000 bis 2013 organisierte die MST ca. 71.000 landlose Familien und ca. 530 Landbesetzungen (Bergamasco/Norder 2012: 276; Dataluta 2014b: 27).

Die MST ist nicht die einzige Gruppe, die Land besetzt und landlose Bäuer*innen und Arbeiter*innen organisiert. So existieren in vielen Bundesstaaten unterschiedliche Landlosenbewegungen. In São Paulo organisierten im Zeitraum von 2000 bis 2013 34 verschiedene Gruppen Landlose und deren Landbesetzungen. Ein Großteil (ca. 72 Prozent) der knapp 100.000 Familien entfiel dabei auf die MST, die restlichen auf Landarbeiter*innengewerkschaften oder andere Landlosenbewegungen (Dataluta 2014b: 27–28). Jene Landlosenbewegungen sind oftmals Abspaltungen von einzelnen Gruppen der MST, wie die *Movimento dos Agricultores Sem Terra* (MAST) oder führender Köpfe der MST, wie die *MST da Base*. Sie nutzen ein ähnliches Modell wie die MST, um Landlose zu organisieren, unterscheiden sich jedoch zum Teil in ihren Strategien, Praktiken, internen Strukturen und Zielen. Das Verhältnis der verschiedenen Organisationen untereinander ist daher nicht immer einfach (de Lima 2006; Fernandes 2015: 144–145; Rosa 2015: 384–386; Sobreiro Filho 2013).

Ein Aspekt, der die Aufspaltung der Landlosenbewegungen begünstigte, war die Expansion des Zuckerrohrsektors. Hierbei entwickelte sich eine Debatte um den Umgang mit dem Anbau von Agrarpflanzen für die Agrartreibstoffproduktion. Manche Organisationen wie MAST oder die *MST da Base* befürworteten unter gewissen Bedingungen ihren Anbau, andere wie die MST lehnen dies aufgrund sozial-ökologischer Bedenken und der damit verbundenen Zusammenarbeit mit der Agrarindustrie grundsätzlich ab. Eine Konsequenz dieser Debatte, neben anderen Gründen, war die Trennung der MST von einem ihrer langjährigen Führungsmitglieder José Rainha, der eine offenere Position hinsichtlich der Produktion von Agrartreibstoffen von Kleinbau-

er*innen vertritt und inzwischen seine eigene Bewegung *MST da Base* anführt (Fernandes et al. 2010: 802, 808–814; Mendes da Silva 2011: 29).³¹

Dadurch änderte sich auch indirekt das Verhältnis zwischen den *FERAESP*-Gewerkschaften und der *MST*, das in den 1980er und 1990er noch ein gutes war. So solidarisierte sich die *FERAESP* mit José Rainha und seiner Landlosenbewegung *MST da Base*. Dies fasste die *MST* als Affront auf.³² Auch die Frage, wie mit der »linken« *PT*-Regierung umzugehen sei, führte zu weiteren Spannungen zwischen *FERAESP* und der *MST*. So kam es trotz gemeinsamer Kämpfe in den 1980er und 1990er Jahren und einer ähnlichen politischen und kulturellen Identität zu Rissen zwischen der brasilianischen Arbeiterpartei und den Gewerkschaften sowie sozialen Bewegungen wie der *MST*, da die *PT*-geführten Regierungen weder eine konsequente Gewerkschaftsreform noch eine Agrarreform umsetzten (Melleiro/Steinhilber 2012: 209, 227).³³ Unterschiede in der Organisationsstruktur und -kultur erschwerten das Verhältnis zudem.³⁴

Das Verhältnis zwischen *MST* und der konservativeren *FETAESP* ist schon lange kompliziert. So warf die *MST* der *FETAESP* häufig vor, nicht bei Landbesetzungen zu helfen und unternehmensnah zu sein. Gleichzeitig sah die *FETAESP*, welche auch Kleinbäuer*innen vertritt und sich für eine Agrarreform einsetzt, die *MST* als Konkurrenzorganisation an (Chiovetti 1999: 159). Darüber hinaus lehnt die *FETAESP* die Methode der Landbesetzung ab und befürwortet stattdessen eine kreditbasierte Agrarreform.³⁵

Ein Verhältnis zwischen den Transportgewerkschaften und Landlosenbewegungen wie der *MST* besteht kaum. Die stärker städtisch geprägten Transportgewerkschaften haben keine Verbindung zu Kämpfen um Land. Manche Transportgewerkschaften würden die *MST* theoretisch bei Aktionen, etwa beim Transport, unterstützen, andere lehnen die *MST* stattdessen gänzlich ab.³⁶

31 I_SB_2, 3.

32 I_LG_6; I_SB_1, 6; C_SB_1.

33 I_SB_5; I_LG_6, 9, 20.

34 I_SB_5, 6; C_SB_4.

35 I_LG_8, 20.

36 I_TC_2, 3, 5, 6, 7, 8.

7.2.2 Serviço Pastoral dos Migrantes

Die Organisation *Serviço Pastoral dos Migrantes* (SPM) ist Teil der katholischen Kirche und wurde 1985 in Brasilien gegründet (SPM o.J.).³⁷ Sie ist in verschiedenen Regionen Brasiliens aktiv, insbesondere an Orten, aus denen Migrant*innen stammen oder an denen sie temporär leben. Arbeitsmigrant*innen im Zuckerrohrsektor São Paulos unterstützen sie vor allem in der Region um Ribeirão Preto – im Speziellen in Guariba – und leisten gleichzeitig Aufklärungsarbeit in den Herkunftsregionen der Migrant*innen, wie im Nordosten Brasiliens.³⁸ Das Ziel der SPM ist es, Migrant*innen bei all ihren Anliegen zu unterstützen, sie über ihre Rechte aufzuklären und den christlichen Glauben zu verbreiten. Bei Hausbesuchen oder bei organisierten Treffen und Veranstaltungen reden sie mit den Migrant*innen über Gott, über deren Bedürfnisse, über Möglichkeiten der Hilfe, aber auch über deren Rechte als Bürger*in und Arbeiter*in. Ein weiteres Ziel der SPM ist es, Migrant*innen über ihre Rechte aufzuklären, ein Bewusstsein für ihre Situation, beispielsweise als ausgebeutete Arbeitsmigrant*innen, herzustellen, eine innere Solidarität zwischen ihnen zu schaffen und sie dazu zu ermutigen und zu unterstützen, für ihre Rechte zu kämpfen (Novaes 2007: 25–26).³⁹ Darüber hinaus möchte die SPM Öffentlichkeit für die Situation von Migrant*innen schaffen und politische Diskurse beeinflussen. Hierfür organisiert sie Veranstaltungen, wendet sich an die Presse oder veröffentlicht Studien (Alves 2006: 96; Correa et al. 2015). Die SPM half bereits Mitte der 1980er Jahre bei den Streiks in Guariba mit und hatte in der Folge dort eine ihrer Zentralen, d.h. dass dort auch Priester*innen stationiert waren und sie größere finanzielle Möglichkeiten besaßen. Mit der Mechanisierung der Zuckerrohrernte und dem Ende der Arbeitsmigration verlor Guariba diesen Sonderstatus. Im Jahr 2012 zogen die Priester*innen in andere Regionen und die finanziellen Mittel der SPM in Guariba wurden seitdem gekürzt.⁴⁰

37 I_SB_4.

38 I_SB_4, 7.

39 I_SB_4, 5, 7.

40 I_SB_4, 7.

7.3 Die Interessenvertretung des Kapitals

Die *União da Indústria de Cana-de-Açúcar e Bioenergia* (UNICA, dt. Vereinigung der Zuckerrohrindustrie) vertritt die Interessen der Unternehmen im mittleren Süden Brasiliens, die Zucker, Ethanol und Strom aus Zuckerrohr herstellen. Die Zuckerrohrunternehmen São Paulos sind zentrale Mitglieder dieser Organisation. UNICA gründete sich im Jahr 1997 im Zuge der Deregulierung des Sektors als Zusammenschluss verschiedener Organisationen, die diese Unternehmen repräsentierten, wie die *Sindicato da Indústria do Açúcar no Estado de São Paulo* (dt. Verband der Zuckerindustrie São Paulo) oder die *Sindicato da Indústria da Fabricação do Alcool no Estado de São Paulo* (dt. Verband der Alkoholindustrie São Paulo). Zuvor gab es in den 1990er Jahren Fragmentierungstendenzen innerhalb des Kapitals, die sich beispielsweise in den unterschiedlichen Interessenvertretungen für Zucker- und Ethanolhersteller*innen widerspiegeln. Die Aufgabe UNICAs besteht daher vor allem darin, die Interessen ihrer Mitglieder zu bündeln und diese gegenüber politischen Institutionen und der Öffentlichkeit zu vertreten. Sie möchte über Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit Einfluss auf die Politik Brasiliens, aber auch anderer Staaten, Regionen oder globaler Institutionen nehmen. So besitzt UNICA Büros in São Paulo, Brasília, Brüssel, in Singapur und Washington. Zentrale Anliegen sind die Erschließung weiterer Absatzmärkte und verbesserte Handelsbedingungen für Zuckerrohrprodukte wie Zucker und Ethanol. Gleichzeitig berät UNICA ihre Mitglieder in PR-, Nachhaltigkeits-, juristischen, technologischen, ökonomischen sowie arbeitsrechtlichen Angelegenheiten (de Oliveira 2009: 82; Thomaz Júnior 2009a: 246; UNICA o.J.-f).⁴¹

Insgesamt vertritt sie ca. 60 Prozent aller Zuckerrohrunternehmen Brasiliens und ist damit die größte Vereinigung von Zuckerrohrunternehmen des Landes. Ihre Mitglieder sind sowohl Familienbetriebe als auch internationale Unternehmen. In den letzten Jahren hatte UNICA allerdings Mitgliederverluste zu verzeichnen, da einige der Unternehmen ausgetreten sind, um aufgrund ihrer schlechten ökonomischen Situation die Kosten der Mitgliedsbeiträge an UNICA zu sparen.⁴² Zugleich änderte sich die Zusammensetzung des aus den Unternehmen gebildeten beratenden Gremiums der UNICA. Waren früher mehrheitlich Familienunter*innen Teil des Rates, sind dies heutzutage

41 I_U_4.

42 I_U_4.

mehrheitlich Direktor*innen oder Geschäftsführer*innen der Unternehmen – eine Mitarbeiterin UNICAs beschrieb das Gremium als »professioneller als vorher«⁴³. Die Zusammensetzung des Rates ist Ausdruck der Transformation des Zuckerrohrsektors, also der Internationalisierung und Konzentration von Kapital und Produktion (Thomaz Júnior 2009b: 117; 2010: 29).⁴⁴

Die Zuckerrohrunternehmen São Paulos sind dank UNICA geeint. Fragmentierungen innerhalb des Kapitals sind eher auf nationaler Ebene zwischen den Produzent*innen im Nordosten und Südosten zu finden (Granco et al. 2017: 68–69).⁴⁵ Ausdruck dieser Einigkeit sind mehrere Vereinigungen des Kapitals, die sich rund um UNICA gruppieren (Thomaz Júnior 2009a: 246–247). Hierzu gehören Organisationen, die technologische Neuerungen entwickeln und vermarkten oder Organisationen, die Konflikte zwischen Unternehmen verringern sollen. Ein Beispiel hierfür ist das *Centro de Tecnologia Canavieira* (CTC). Eigentümer sind Zuckerrohrunternehmen und die staatliche Entwicklungsbank BNDES. Das CTC forscht zur Weiterentwicklung von Zuckerrohrsorten und produktiveren Anbaumethoden wie dem Einsatz genmanipulierter Pflanzen oder Technologien (Compéan/Polenske 2011: 6953; CTC 2019a, 2019b; Thomaz Júnior 2009b: 110). Auch die *União dos Produtores de Bioenergia* (dt. Vereinigung der Bioenergieproduzenten) gehört zu diesen Organisationen. Ihre Aufgabe ist es, technologische Innovationen zu erforschen, zu initiieren und dafür zu werben sowie Fortbildungen für Arbeiter*innen im Zuckerrohrbereich anzubieten (BioSul 2019; FAPESP 2019; UDOP o.J.).

Eine weitere Klassenorganisation des Kapitals ist die *Organização de Associações de Produtores de Cana do Brasil* (ORPLANA, dt. Organisation der Zusammenschlüsse von Zuckerrohrproduzenten Brasiliens). ORPLANA ist eine Organisation von Landwirt*innen, die Zuckerrohr an Zuckerrohrunternehmen liefern. Deren Mitglieder sind sehr divers und ein großer Teil sind auch kleinere bis mittlere Landwirt*innen. Dennoch haben sie als Eigentümer*innen und Pächter*innen Zugang zu Land und beschäftigen häufig Lohnarbeiter*innen für die Arbeit auf den Feldern. Daher fasse ich ORPLANA als Organisation des Kapitals. ORPLANA wurde 1976 gegründet und besitzt über 11.000 Mitglieder. Sie vertritt insbesondere Mitglieder der Bundesstaaten São Paulo, Minas Gerais, Goiás, Mato Grosso do Sul und Mato Grosso. Das Ziel der Organisation ist es, Zulieferbetriebe zu einen und sie gegenüber den Zuckerrohrunternehmen,

43 I_U_4, Übers. J.B.

44 I_U_4.

45 I_U_4; I_LG_21.

beispielsweise in Verhandlungen um den Zuckerrohrpreis, zu vertreten und ihr eine gemeinsame Stimme gegenüber den Abnehmerbetrieben, in diesem Fall Zuckerrohrunternehmen, zu geben (ORPLANA o.J.; Bastos et al. 2014).⁴⁶

Eine weitere Organisation, um Konflikte innerhalb der Klasse der Kapitalbesitzer*innen zu institutionalisieren und abzuschwächen, ist der Rat *Conselho de Produtores de Cana, Açúcar e Alcool de São Paulo* (CONSECANA-SP, dt. Rat der Zuckerrohr-, Zucker- und Alkoholproduzenten São Paulo). Im Zuge der Deregulierung des Sektors in den 1990er Jahren gründeten UNICA als Vertretung der Zuckerrohrunternehmen und ORPLANA als Vertretung der Zuckerrohrzulieferbetriebe im Jahre 1999 auch den Rat CONSECANA-SP, um bestehende Differenzen zwischen beiden Organisationen zu lösen und eine höhere Einigkeit zu erzielen (de Oliveira 2009: 82). Im Rahmen von CONSECANA-SP werden beispielsweise Mindestvereinbarungen für Zuckerrohrpreise ausgehandelt und festgelegt – vorher waren diese staatlich festgesetzt und erst ab 1999 frei marktwirtschaftlich. Sie organisiert zudem die Qualitätskontrolle entlang der Lieferkette (CONSECANA o.J.-a, o.J.-b; Sant’Anna et al. 2016: 166).⁴⁷

7.4 Schlussfolgerungen

Die Klasseninformationen von Zuckerrohrarbeiter*innen in São Paulo sind divers. Sie lassen sich in Gewerkschaften, soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Organisationen unterscheiden. Gewerkschaften sind staatlich streng geregelte Organisationen. Das brasilianische Gewerkschaftssystem gilt als korporatistisch und fragmentiert. Diese Eigenschaften lassen sich auch im Zuckerrohrsektor finden. Die Zuckerrohrarbeiter*innen sind auf Landarbeiter*innen- und Transportgewerkschaften aufgeteilt. Innerhalb und zwischen diesen Organisationen bestehen Fragmentierungen, die durch das Gewerkschaftssystem hervorgerufen werden. Hierzu gehört neben der Aufteilung von Berufsgruppen in verschiedene Gewerkschaften die Aufgliederung von Gewerkschaften nach Ebenen: lokal, bundesstaatlich und bundesweit. Innerhalb der Gewerkschaften bestehen zudem verschiedene Auffassungen über Strategien, Ziele und Handeln. Dies erschwert die Kooperation untereinander (Alves 2008; FERAESP 2014; de Oliveira 2005; Thomaz Júnior 2010). Die agrarindustrielle Transformation des Zuckerrohrsektors verstärkte diese

46 I_LG_12, 24.

47 I_U_4.

Problematik. Gerade aufgrund des mit der Mechanisierung verbundenen Wegfalls manueller Arbeitsplätze gerieten einige lokale Landarbeiter*innengewerkschaften in fundamentale Schwierigkeiten. Auseinandersetzungen, zum Teil gerichtlich, zwischen Landarbeiter*innengewerkschaften selbst und mit den Transportgewerkschaften waren die Folge.

Relevant für die Organisation von Zuckerrohrarbeiter*innen und deren Klassenkämpfe sind auch Landlosenbewegungen und die *SPM*. Landlosenbewegungen und Landarbeiter*innengewerkschaften teilen gemeinsame Wurzeln vor der Zeit der Militärdiktatur. Nichtsdestotrotz bestehen Fragmentierungen, die sich in mangelnder Zusammenarbeit zeigen. Gerade zwischen der größten Landlosenbewegung Brasiliens und São Paulos, der *MST*, sowie den *FETAESP*- und Transportgewerkschaften besteht kaum Kontakt bzw. zum Teil auch gegenseitige Abneigung. Die *FERAESP*-Gewerkschaften kooperieren hingegen mit Landlosenbewegungen. Auch innerhalb der Landlosenbewegungen bestehen Fragmentierungen. Die verschiedenen Fragmentierungen sind dabei vor allem auf Führungsebene der Organisationen angesiedelt und weniger auf Ebene der Mitglieder. Die Transformation des Zuckerrohrsektors spielt bei den Fragmentierungen eine geringere Rolle, wenn auch der Umgang mit einem agrarindustriellen Sektor wie dem Zuckerrohrsektor zu unterschiedlichen Ansichten – von Akzeptanz bis generelle Ablehnung – führt und gemeinsames politisches Handeln erschwert.

Die *SPM* pflegte hingegen ein gutes Verhältnis zu anderen sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften. Zwischen ihnen bestand keine Konkurrenz. Stattdessen verstand die *SPM* ihre Rolle so, Arbeitsmigrant*innen zu integrieren, sie politisch zu bilden und Kontakte zu anderen Klassenformationen wie Gewerkschaften herzustellen.⁴⁸ Die agrarindustrielle Transformation des Sektors wirkte sich auf die *SPM* aus. Durch das weitgehende Ende der Arbeitsmigration im Zuckerrohrsektor aufgrund der Mechanisierung und veränderten Arbeitsorganisation verlagerte die katholische Kirche den Hauptsitz und damit Personal und Ressourcen weg von Guariba. Die Aktivitäten für Arbeiter*innen im Zuckerrohrsektor haben sich dadurch verringert.

Das Kapital im Zuckerrohrsektor ist auf verschiedenen Ebenen miteinander vernetzt. Dennoch ist es kein Monolith, da auch zwischen den verschiedenen Unternehmen, beispielsweise kleineren Familienunternehmen und größeren multinationalen Unternehmen, Ethanol oder Zucker produzierenden Unternehmen und Zuliefer- und Abnehmerbetrieben Fragmentierungen und

48 I_SB_4, 7.

teilweise entgegenstehende Interessen bestehen können. Nichtsdestotrotz haben die Kapitalbesitzer*innen im Zuckerrohrsektor Wege gefunden, sich zu einen und ihre internen Konflikte institutionalisiert auszutragen und damit abzuschwächen. Die zentrale Organisation ist dabei *UNICA* (Thomaz Júnior 2009a: 246; 2010: 17–18, 29).⁴⁹ Zudem besteht Einigkeit zwischen den Unternehmen, einen internationalen Markt für Ethanol aufzubauen (Souza 2013: 34–35). Gerade in der Phase des neoliberalen Umbaus Brasiliens in den 1990er Jahren und der agrarindustriellen Transformation des Sektors ab den 2000er Jahren einte sich das Kapital (McKay et al. 2014: 6; Thomaz Júnior 2009a: 246; 2010: 17–18).⁵⁰ Ben McKay et al. heben hervor, dass der Prozess der agrarindustriellen Transformation, insbesondere die Konzentration und Internationalisierung des Kapitals, »es ermöglicht hat, ihre politischen Strategien besser abzustimmen und das ›Klassenbewusstsein‹ des Kapitals zu stärken« (2014: 6, Übers. J.B.).

49 I_U_1, 4.

50 I_U_4.

